Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Nader & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 231 | Dresden, Donnerstag den 2. Oktober 1924 | 35. Jahrg.

Die Hilflosigkeit der Mittelparteien

Beim deutschen Parlamentarismus ist kein Ding unmöglich. Als mildernder Umstand mag zugegeben werden, daß er neben dem andrer Demokratien verhältnismäßig jung ist und sich nach den übereinstimmenden Aussagen aller Zeitgenossen in den Flegeljahren befindet. Oder sagen wir besser, in den Dummenjungenjahren. Denn der neueste Abschnitt jenes Schachers um die Regierungssitze, der nach Annahme der Dawes-Gesetze zwischen Volkspartei und den Deutschnationalen begonnen hat, steht nicht mehr allein im Zeichen des politischen Händlertums und Wählerbetrugs, sondern entblößt eine geradezu himmelschreiende politische Unzurechnungsfähigkeit des deutschen Parlamentarismus. Neuerdings drückt die Volkspartei, ihrem natürlichen Bedürfnis nach Vereinigung mit der großkapitalistischen deutschnationalen Bruderpartei folgend, auf den Reichskanzler Marx, der das Wunder vollbringen soll, mit der Junkerpartei eine Regierung der konsequenten Erfüllungspolitik herzustellen. Reichskanzler Marx sieht sich keinen andern Rat, als wieder einmal an die Sozialdemokratie zu appellieren: er möchte die gegenwärtige Koalition nicht nur nach rechts sondern auch nach links erweitern.

In einem Interview, das Dr. Marx seinem Parteiblatt, der Germania, gewährte, betonte der Reichskanzler, die Zeit „zur Zusammenfassung aller nationalen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte" sei gekommen, und er werde versuchen, „auf dem Boden bestimmter Richtlinien" alle Parteien zusammenzuführen, die willens seien, dem Volke den Weg in eine bessere Zukunft zu bahnen:

„Man kann nicht verkennen, daß es im letzten Jahre ohne die entscheidende Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion nicht möglich gewesen wäre, durch die der Regierung gegebene Ermächtigung auf dem Verordnungswege **Deutschland vor dem wirtschaftlichen und sozialen Chaos zu bewahren** und ferner die von der Regierung geführte Politik hinsichtlich des Sachverständigengutachtens und der Londoner Abmachungen zu sichern. Ich erachte es darum als meine Pflicht, an die Sozialdemokratie heranzutreten und sie zur Mitarbeit in der Reichsregierung aufzufordern."

Andrerseits aber „begrüßt" Marx den Beschluß der Deutschnationalen, „fortan nicht mehr abseits zu stehen". Die Verbindung der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten mit den bisherigen Mittelparteien ist ihm die „wahre Volksgemeinschaft", eine andre ist für ihn nicht denkbar!

Ueber diese Andeutungen fällt nun die deutschnationale Presse in vollem Zorn her. Die Kreuzzeitung versichert, daß „die Deutschnationalen unter dieses kaudinische Joch nicht kriechen" werden. Vielmehr könne es gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Deutschnationalen auf einem Kurswechsel in Innen- und Außenpolitik bestehen würden. Deshalb müsse die Partei „ebenso vorsichtig wie skeptisch allen Angeboten und jedem Ansinnen gegenübertreten, das an sie gestellt werden sollte". Auch die Deutsche Tageszeitung versichert, daß man auf der Rechten kaum damit einverstanden sein würde, sich einer „Thronnei" des Wirthflügels bedingungslos zu unterwerfen. Im übrigen widerspreche die Absicht des Kanzlers ganz und gar den Absichten der Volkspartei, die doch gerade in ihrer bekannten Entschließung die Sozialdemokratie als regierungsunfähig bezeichnet habe.

So die deutschnationale Presse, während die Germania die Quadratur des Kreises mit lösen will. Sie schreibt:

Die Frage eines Eintritts der Deutschnationalen in die Reichsregierung bedeutet darum für uns zugleich die Aufrollung der Frage der Mitwirkung der Sozialdemokraten. Wenn irgendetwas eine Angelegenheit ist, zu deren Behandlung der Weg der Mitte der einzig richtige ist, so ist es diese Frage der Lastenverteilung. In ihr liegen die mannigfachsten Gefahren für die deutsche Volksgemeinschaft verborgen. Diese zu erhalten und zu vertiefen ist im Augenblick dringendste Aufgabe. **Die Zentrumspartei kann eine einseitige Regelung dieser schwierigen Angelegenheiten nie und nimmer zulassen und wird sich zu einer Regelung, die ganze Volksschichten von der Mitwirkung ausschließt und damit schließlich gegen sie gewonnen wird, unmöglich beteiligen können.** Um eine wahrhaft gerechte Behandlung dieses schwierigen Problems zu ermöglichen, hat sie die Forderung nach einer „Regierung der Volksgemeinschaft" aufgestellt und wird an dieser Forderung unter allen Umständen festhalten, wenn nicht die eingeladenen Parteien selbst versagen. Wir würden es für außerordentlich bedauerlich halten, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitag weitestgehende Handlungsfreiheit in Fragen der Regierungsbildung gefunden hat, irgendwie voreilig in einem ablehnenden Sinne sich festlegen wollte. Sie hat sich früher schon einmal sehr unvorsichtig selbst ausgeschaltet und an den Folgen solcher kurzsichtigen Politik schwer tragen müssen. Wir möchten wünschen, daß sie in dieser Beziehung heute taktisch klüger sich verhalten wird.

Es ist nicht unsre Aufgabe, der politischen Haltung der Sozialdemokratie in den letzten Jahren ein Loblied zu singen — das liegt uns wirklich nicht —, **aber wenn man objektiv vergleichen will, was seit dem Zusammenbruch im Jahre 1918 die deutsche Sozialdemokratie für den Wiederaufbau des Reiches und die Konsolidierung seiner innerpolitischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verhältnisse geleistet hat mit dem, was dazu die Deutschnationale Volkspartei getan hat, so fällt die Entscheidung, milde gesagt, außerordentlich zugunsten der Deutschnationalen aus.** Ihre Oppositionspolitik, die als solche natürlich durchaus verständlich und auch berechtigt war, war wiederholt und ganze Zeitspannen hindurch reine Obstruktions- und Sabotagepolitik, und wenn der Wiederaufbau Deutschlands so ungemein schwierig vor sich ging, so ist das neben dem feindlichen Ausland in der Hauptsache den Deutschnationalen zu verdanken gewesen.

Wir danken der Germania für ihre gutgemeinten Komplimente, aber sie irrt, wenn sie meint, die sozialdemokratische Parteileitung habe Vollmacht für jeden Koalitionsunsinn.

Aber bleiben wir bei der symptomatischen Seite der Sache. Was noch vor einem Jahre gelegentlich als politischer Scherz produziert wurde, das ist heute bereits Wirklichkeit: die Frage der allergrößten Koalition von der republikanischen Partei bis zur monarchistischen, von der antikapitalistischen bis zur großkapitalistischen wird jetzt nicht nur von eifrigen Berliner Korrespondenten in der Provinzpresse erörtert, sondern auch zwischen der gegenwärtigen deutschen Regierung und den Parteiführern. Im ganzen genommen zeigt sich an dieser Kardinalidee wieder einmal die Hilflosigkeit der bürgerlichen Mittelparteien. Mit den Deutschnationalen getrauen sich Zentrum und Demokraten nicht zusammenzugehen — aus Rücksicht auf die Wählerschaft ihrer linken Flügel. Mit den Sozialdemokraten wagen sie nicht, eine Regierung entschiedener sozialer Reformpolitik und republikanischer Außenpolitik zu bilden — aus Angst vor der nationalistisch verhetzten Wählerschaft ihrer rechten Flügel. Und so versuchen sie alle Konkurrenten in einem zu vereinigen, durch einen Block von so grotesken Widersprüchen, daß Bülows Bürgerblock seligen Angedenkens, den schon der alte Demokrat Träger die Paarung von Karpfen und Kaninchen nannte, daneben eine harmlose Angelegenheit ist.

Nun könnte man sagen: Das ist der Parlamentarismus! So sieht er aus! Nein, das ist er nicht. Sondern das ist das, was in Deutschland gegenwärtig aus dem Parlamentarismus gemacht wird: eine Narrenkomödie. Der Parlamentarismus ist von Haus aus weder gut noch böse. Er ist das, was ein Volk daraus macht. Bei einem politisch reifen Volke wird er zu einem Mittel, die politischen und sozialen Aufgaben den Kräfteverhältnissen des Gesamtvolkes entsprechend zu lösen, und in einem Volke mit einem Bürgertum, das so lange sich die Sporen des Halbabsolutismus und der Junkerschaft gefallen ließ, kann das Parlament zur Kinderstube degradiert werden. Es wird am Volke liegen, bei kommenden Wahlen die bürgerlichen Parteien an klarere Programme und an Mut zur Verantwortlichkeit zu gewöhnen. Zentrum und Demokraten stehen jetzt vor der Wahl, die Erfüllungspolitik im kapitalistisch-schwerindustriellen oder im sozial-republikanischen Sinne zu lösen. Im ersteren Falle ist die Koalition mit den Deutschnationalen eigentlich das Gegebene, im letzteren Falle wäre eine Regierung mit der Sozialdemokratie unter Ausschluß der kapitalistischen Volkspartei unsers Erachtens möglich, wenn sie nicht an den Mehrheitsverhältnissen dieses Reichstages scheitern müßte.

In politisch reiferen Ländern, wie England und Frankreich z. B., wäre dieses arbeitsunfähige Parlament spätestens nach Annahme der Dawes-Gesetze aufgelöst worden. Und das scheint auch uns der Weg, den Reichskanzler Marx, dessen Scheu vor einem Zusammengehen mit den Deutschnationalen einem richtigen Instinkt entspricht, zu beschreiten hat. Denn mit dieser ewig zu nationalliberalen Eiertänzen, Schaukeleien und Krisenmachereien geneigten, verwaschenen Volkspartei und diesen Deutschnationalen, die um den Preis jeder politischen Schande in die Regierung wollen, ist eine Politik der Erfüllung dessen, was Deutschland mit dem Londoner Pakt übernommen hat, nicht zu machen. Wenn Herr Marx im Laufe seiner Verhandlungen mit den Parteiführern die Sozialdemokratie befragt, so hat sie hoffentlich für Herrn Marx nur die eine Antwort: Man löse diesen Reichstag auf!

*

Elende Schachermachei

Der Vorwärts sagt zu dem tollen Spiel: Glaubt die Germania ernstlich, daß die Sozialdemokratie mit der Kreuz-Zeitungs-Partei gemeinsam Politik machen könnte? Was jetzt in Deutschland praktiziert wird, was wir seit dem 29. August schaudernd erleben, ist gar kein Parlamentarismus, sondern eine ekelhafte Schachermachei und ein Beweis mehr dafür, daß man in der Republik und unter dem parlamentarischen System Politik nur mit Parteien treiben kann, die den Geist der Republik und der Demokratie in sich aufgenommen haben. Erst wenn diese Erkenntnis aus dem Volk heraus in die Volksvertretung kräftig hineinwirkt, wird die innere deutsche Krise ihre wirkliche Lösung finden.

*

Berlin, 2. Oktober. Die Deutschnationale Presse berichtet: Von Führern der Deutschnationalen Partei wird uns erklärt: „Wenn heute nach der gestrigen Abstimmung des deutschnationalen Vertretertages der Kanzler trotzdem nicht mit Rechts, sondern auch mit Links verhandeln will, so kann es sich nach Links nur um ein Scheinmanöver handeln, weil die Sozialdemokraten weder die Schutzzollvorlage, noch die kommenden Handelsverträge vertreten können. Die deutschnationalen Führer nehmen an, daß die Demokraten zwar zunächst reichlich Gift verspritzen, 10 Sekunden vor Zustandekommen des Kabinetts aber ihren Widerstand aufgeben und Geßler als Reichswehrminister belassen werden."

So charakterisieren die Deutschnationalen selber ihre Raffgier- und Herrschpolitik am treffendsten.

Befriedungspakt

Der Genfer Beschluß brandmarkt den Angriff als internationales Verbrechen

Sch. **Genf**, 1. Oktober. (Eig. Drahtb.)

Das Abrüstungsprotokoll ist in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch endgültig fertiggestellt worden. Es trägt den Titel: **„Protokoll für die friedliche Regelung bei internationalen Konflikten."** Die Einleitung hat folgenden Wortlaut:

Die Unterzeichneten sind beseelt von dem festen Willen, den allgemeinen Frieden und die Sicherheit der Völker, deren Existenz, Unabhängigkeit oder Gebiete bedroht sein könnten, zu sichern. Sie anerkennen die Solidarität, die alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft vereinigt, erklären, daß der angreifende Staat einen Bruch dieser Solidarität und ein internationales Verbrechen begeht und wünschen die volle Anwendung des Völkerbundpaktes für die friedliche Regelung der Streitfälle des zwischen den Staaten vorgesehenen Systems zu erleichtern, die Bekämpfung der internationalen Verbrechen sicherzustellen und nach Artikel 8 des Völkerbundpaktes die nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß zu beschränken, wie es mit der nationalen Sicherheit und der Ausführung der durch eine gemeinsame Aktion notwendig gewordenen internationalen Verpflichtungen vereinbar ist.

Sie sind daher, hierzu gebührend ermächtigt, über folgende Bestimmungen übereingekommen:

Art. 1 bestimmt, daß die Protokollverpflichtungen für alle Signatarmächte bindend sind.

Art. 2 erklärt, daß alle Kriege verboten sind, außer im Falle des Widerstandes gegen Angriffsakte in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Paktes und des Protokolls.

Im Art. 3 wird die Gerichtsbarkeit vom Internationalen Ständigen Gerichtshof unter gewissen Vorbehalten als obligatorisch erklärt.

Art. 4 enthält die Einzelheiten über das Schlichtungsverfahren durch Rat und Schlichtungskommission.

Art. 5 behandelt die Sachlage bei Streitfällen, die der eigenen Zuständigkeit der Staaten unterliegt.

Art. 6 betrifft die Rolle der Völkerbundversammlung bei der Schlichtung von Streitfällen.

Art. 7 regelt die Präventivmaßnahmen, die der Rat bei einem Konflikt ergreift zur Klärung des Konflikts und der Aufrechterhaltung des Status quo während des Verfahrens.

Nach Art. 8 verpflichten sich alle Staaten, sich jeder Handlung zu enthalten, die eine Angriffsdrohung bedeutet.

Art. 9 empfiehlt zur Verhinderung von Kriegsfällen die Errichtung entmilitarisierter Zonen.

Art. 10 definiert den Angreiferstaat.

Art. 11 stellt die Sanktionspflichten der Signatarstaaten auf.

Art. 12 behandelt die Vorbereitung der wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen.

In Art. 13 wird die vorherige Mitteilung militärischer Verpflichtungen an den Rat und das Recht der Sonderabkommen geregelt.

Art. 14 verleiht dem Rat das Recht der Aufhebung der Sanktionen.

Art. 15 legt den Angreiferstaaten die Reparationskosten auf, garantiert aber ihre Unabhängigkeit.

Art. 16 behandelt das Verhältnis der Signatarmächte mit den Nichtsignatarmächten.

Art. 17 enthält die Verpflichtung zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz.

Art. 18 regelt die Abstimmungsverhältnisse im Rat bei seinen Entscheidungen.

Nach Art. 19 verändert das Protokoll keine aus dem Völkerbundpakt erwachsenen Verpflichtungen und Rechte.

Art. 20 verweist jeden Streitfall über die Auslegung des Protokolls an den Internationalen Ständigen Gerichtshof.

Art. 21 enthält die Bestimmungen über die Ratifizierung, das Inkrafttreten des Protokolls und die Abrüstungskonferenz.

Das Protokoll wird in einem einzigen Exemplar in den Archiven des Völkerbundsekretariats niedergelegt.

*

Zustimmung Frankreichs, Englands, Japans

Genf, 1. Oktober. Die Vollsitzung des Völkerbundes zur **Besprechung und Annahme des Schiedsgerichtsprotokolls war ein bedeutsames Ereignis.** Benesch berichtete für die Abrüstungskommission und erklärte: Es wurde erstmals ein zusammenhängendes System der Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung aufgestellt mit dem Ziel, **den Krieg unmöglich zu machen.** Der Redner dankte den Großmächten für die gebrachten Opfer, da sie alle internationalen Konflikte einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit unterwerfen wollten. Jetzt stehe die große internationale Abrüstungskonferenz vor der Tür. Benesch hält den Sieg der im Pakt und im Protokoll enthaltenen Ideen für gewiß, **da sie** gerecht und gut seien.

Der frühere französische Ministerpräsident Briand führte unter stürmischem Beifall der Versammlung aus: Im Namen der französischen Delegation und in voller Uebereinstimmung mit der Regierung meines Landes erkläre ich, **daß Frankreich das Protokoll zu unterzeichnen bereit ist,** und daß es auch von Frankreich ratifiziert wird. Auf den Appell von Washington in bezug auf Rüstungsbeschränkung hat Frankreich sofort geantwortet. Es hat fast 60 Proz. seiner Streitkräfte geopfert. Es wird gern bereit sein, an der Abrüstungskonferenz mitzuarbeiten. Es ist für Frankreich eine Ehre, dieses Protokoll anzunehmen, und es ist die glücklichste Minute meines Lebens, daß ich hier die vorbehaltlose Zustimmung Frankreichs überbringen kann.

Lord Parmoor erklärte für England die Annahme, ebenso die Vertreter der andern Mächte, darunter Ishii für Japan.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19241002/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG